

Protokoll:

Nach Verlesen der Stellungnahme ST/0211/2012 durch Beigeordneten Prümm fasst Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig zusammen, dass die Verwaltung die Absicht habe, der Intention des Antrages zu folgen und deshalb weitere Gutachten in Auftrag gegeben habe.

Rm Coßmann (CDU) weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion immer gegen eine Sperrung der Clemensstraße gewesen sei und das erwartete Verkehrschaos nach der Sperrung direkt eingetreten sei.

Das Problem sei, dass es kein Gesamtverkehrskonzept für die Innenstadt gebe.

Rm Lehmkuhler (SPD) beklagt, dass häufig noch die Überzeugung bestehe, eine autogerechte Stadt zu brauchen. In anderen Städten werde hingegen darüber nachgedacht eine Citymaut zu erheben und dadurch die Lebensbedingungen in den Kernstädten zu verbessern.

Er verweist darauf, dass auch am Clemensplatz die autogerechte Variante gewählt worden sei und der Vorschlag seiner Fraktion kurz vor Schluss verhindert worden sei.

Die Grundintention bei der Umgestaltung sei ein Eingangstor Zentralplatz/Clemensstraße in die Altstadt gewesen, dies sei allerdings nur mit einer Sperrung möglich, wenn die Fußgängerströme ungehindert fließen könnten.

Seine Fraktion werde den Antrag ablehnen, da er den Zielen, die eigentlich am Zentralplatz erreicht werden sollten, entgegenstehe.

Rm Mehlbreuer (Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass ihre Fraktion den Antrag ebenfalls ablehnen werde, da die Sperrung der Clemensstraße ein entscheidender Teil des Verkehrskonzeptes Zentralplatz sei.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke spricht sich für den Antrag aus, da sich erwiesen habe, dass eine Sperrung nicht möglich sei. Der Verweis auf andere Städte sei nicht angebracht, da man in Koblenz einen sehr engen Stadtkern habe.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann beklagt, dass die Vielzahl der vorliegenden Konzepte und Gutachten zu keinem normalen Ergebnis führten. Der Antrag werde für die Einzelhändler in der Altstadt zu keiner positiven Veränderung führen, da die Fußgängerströme so nicht mehr in die Altstadt gelenkt würden.

Ihr stelle sich die Frage, ob die aktuelle Beschilderung ausreichend und richtig sei. Ihre Fraktion habe sich ursprünglich für eine Öffnung bis 9:00 Uhr für den Berufsverkehr und eine anschließende Vollsperrung außer für den ÖPNV ausgesprochen.

Man müsse sich als Stadt fragen, ob man Zielverkehre bevorzuge, die konsumierten, oder den Durchgangsverkehr. Ebenso gelte es die Frage zu stellen, ob man den ÖPNV oder den Autoverkehr fördern wolle.

Nach der Probesperrung habe sich außerdem gezeigt, dass die Verkehr um 20 % abgenommen habe, da neue Wege gefunden worden seien.

Rm Henchel (BIZ) stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte und Abstimmung. Hiergegen erhebt sich keine Gegenrede.